

Prozent. Auch die im Beschluß unseres Zentralkomitees angegebenen Schwerpunkte wurden nicht genügend beachtet. Das Politbüro ist der Auffassung, daß bei der weiteren Verbesserung der Zusammensetzung der Partei auch in diesem Jahr der Aufnahme von Arbeitern in unsere Partei das größte Augenmerk geschenkt werden muß. Zur normalen Tätigkeit jeder Grundorganisation gehört es, die Besten als Kandidaten in die Partei aufzunehmen. Dabei muß der Arbeiteranteil wesentlich erhöht und der Anteil der Angestellten eingeschränkt werden. Die Leitungen der Grundorganisationen müssen dieser Frage ständige Aufmerksamkeit schenken und sie nicht als Kampagne betrachten. Was die Schwerpunkte betrifft, sollten die auf dem 28. Plenum gegebenen Hinweise auch weiterhin ihre Gültigkeit haben, d. h., daß vor allem die Parteiorganisationen in den Betrieben des Bergbaus, des Maschinenbaus, der Chemie, des Bauwesens und der Landwirtschaft gefestigt werden müssen.

Die wichtigste Lehre aus der Durchführung des Beschlusses ist, die persönliche Aussprache mit den Arbeitern in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft weiterzuführen. Gerade durch sie gelang es zahlreichen Parteiorganisationen, engere Verbindung zu den Werktätigen ihres Bereiches herzustellen. Die begonnene Änderung der Arbeitsweise der Bezirksleitungen und Kreisleitungen ist in dieser Richtung fortzuführen und dabei größeres Gewicht auf die Entwicklung einer selbständigen Arbeit der Grundorganisationen zu legen.

Schutz der Einheit der Partei

Die Erfahrungen seit der 3. Parteikonferenz, besonders aber seit dem konterrevolutionären Putsch in Ungarn, zeigen, daß der Kampf um die Einheit der Partei in manchen Parteiorganisationen nicht mit der nötigen Entschlossenheit geführt wird.

Die Arbeit der Parteikontrollkommissionen ist in den letzten Jahren um vieles sorgfältiger geworden. Insbesondere seit der 3. Parteikonferenz haben sie eine umfangreiche Arbeit zur Korrigierung falscher oder überspitzter Beschlüsse aus den Parteiverfahren der früheren Jahre geleistet. Die Korrektur von falschen oder überspitzten Beschlüssen hat zur Festigung der Ein-